

Politische Partizipation von Zugewanderten

Eva Grabherr

Zuwanderungsfragen sind aktuell stark debattiert: meist kontroversiell und mit einem Fokus auf negativen Entwicklungen. Europa ringt um einen Grenzschutz, der dem europäischen Asylrecht gerecht wird, aber die irreguläre Zuwanderung von Menschen aus wirtschaftlicher und politischer Not unterbindet. In Österreich bringt der Familiennachzug zu Geflüchteten in einigen Wiener Bezirken Schulen an deren räumliche und personelle Grenzen; nicht zuletzt, weil das Bildungssystem seit 2022 auch viele vertriebene Kinder und Jugendliche aus der Ukraine aufgenommen hat. Gewaltverbrechen von Jugendlichen „mit Migrationsgeschichte“ im öffentlichen Raum, wenn auch meist begrenzt auf dafür bekannte Hotspots in den Städten, lassen Integration als ein großes gesellschaftliches Problem sehen. Zugleich vergeht kaum ein Tag, an dem uns Demografie-Expert:innen nicht vorrechnen, wie stark Europas Wirtschaft und Sozialsysteme schon in der Gegenwart, vor allem aber in der nahen und fernerer Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sein werden.

Kein Wunder, dass die Situation Spannung auslöst und das Bedürfnis nach Orientierung wächst. Der Großteil der Medien ist jedoch von ihrer Struktur her auf einzelne Ereignisse fokussiert, dominierend auf negative, was eine Gesamtorientierung nicht einfacher macht. Der Verlauf längerfristiger Trends, beispielsweise der von Integrationsprozessen schon länger zugewanderter Gruppen, ist in der öffentlichen Debatte meist unterbelichtet. Gerade solche Informationen hätten jedoch Potential für Orientierung. Diesen längerfristigen Trends in Vorarlberg widmet okay.zusammen leben eine Forschungs- und Vermittlungsreihe unter dem Slogan „... und sie bewegt sich doch.“ Die Ergebnisse belegen gut die langfristig insgesamt positiv verlaufenden strukturellen Integrationsprozesse von großen Gruppen Zugewanderter der letzten Jahrzehnte bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die langsame, jedoch kontinuierlich verlaufende „Verbuntung“ der politischen Landschaft Vorarlbergs durch eine Zunahme der Repräsentanz von Zugewanderten in den politischen Gremien. Das verweist auf das Teilhabe-Interes-

se der Zugewanderten, aber auch auf gelingende Öffnungsprozesse der Vorarlberger Gesellschaft. Dieser Artikel vermittelt in aller Kürze Ergebnisse der Untersuchung „Zur politischen Partizipation von Zugewanderten und ihren Nachkommen in Vorarlberg“ (2024) in dieser Reihe und nimmt damit neben der strukturellen (Bildung, Arbeitsmarkt) eine weitere Dimension der Integrations- und Etablierungsprozesse dieser Gruppen in den Blick.

Bindung an die Staatsbürgerschaft

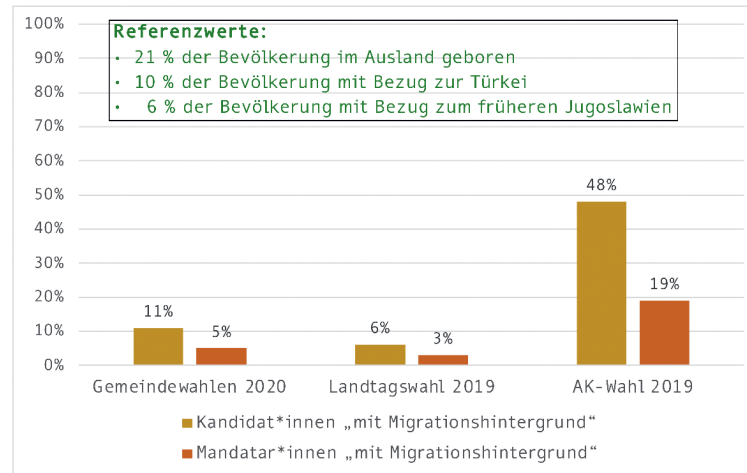
Eine formale Hürde der politischen Beteiligung von Zugewanderten ist die Bindung politischer Rechte an die österreichische Staatsbürgerschaft. Seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 ist diese Schranke etwas durchbrochen. EU-Bürger:innen dürfen in Österreich seither ohne österreichische Staatsbürgerschaft zumindest bei Kommunalwahlen wählen und zur Wahl antreten. Der EU-Beitritt führte in Folge (2006) auch zu einer Novellierung des Arbeiterkammergesetzes. Seither sind Arbeitnehmer:innen aller Staaten bei AK-Wahlen aktiv wie passiv wahlberechtigt. Bei Wirtschaftskammerwahlen gilt dieses umfassende Wahlrecht für Ausländer:innen seit 2014. Ausschließlich auf Inländer:innen begrenzt ist das Wahlrecht in Österreich nach wie vor auf Landes- und Bundesebene. Bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat und zum Vorarlberg Landtag im Herbst 2024 haben daher in Vorarlberg rund 20 % der Bewohner:innen im wahlfähigen Alter kein Wahlrecht, können sich also nicht auf diese Weise demokratisch beteiligen. Das ist für eine Demokratie eine namhafte Zahl an Ausgeschlossenen. Abhilfe leisten würde eine Veränderung des Wahlrechts; das gilt in der Debatte dazu jedoch als politisch schwierig erreichbar. Eine andere Möglichkeit, diesem demokratiepolitischen Problem zu begegnen, wäre die Veränderung des europaweit und international sehr restriktiven österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts, was die Unterbindung von Doppelstaatsbürgerschaften betrifft. Sehr viele andere Länder erlauben mittlerweile doppelte Staatsbürgerschaften.¹ Eine weniger restriktive Ausgestaltung dieses Rechts würde die Annahme österreichischer Staatsbürgerschaften steigern und mehr Zugewanderten die Teilhabe an Wahlen ermöglichen.

Politische Beteiligung

Das Interesse von Menschen mit Migrationshintergrund in Vorarlberg an der politischen Beteiligung in den demokratischen Gremien, aber auch die Öffnungsprozesse von Vorarlberg als aufnehmende Gesellschaft zeigen sich auf vielfache Weise. „Mit Migrationshintergrund“ bedeutet hier (je nach Wahl) ein Geburtsland im Ausland und/oder eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft zu haben; darüber hinaus erfasst die Studie die politische Partizipation von Vorarlberger:innen mit familiären Wurzeln in der Türkei, Bosnien, Kroatien und Serbien anhand namenskundlicher Methoden und eröffnet damit bei diesen Gruppen einen Blick auf die zweite Generation.

– Bei den Kommunalwahlen 2020 sind in $\frac{3}{4}$ der untersuchten Vorarlberger Städte und Gemeinden (in denen 84 % der Gesamtbevölkerung des Landes leben) Kandidat:innen mit Migrationshintergrund zur Wahl angetreten; in der Hälfte dieser Städte und Gemeinden nehmen sie auch Mandate ein. Interessant ist, dass bei dieser Wahl 42 % der Mandatar:innen

Überblick über die drei Wahlen



Grafische Darstellung der Studienergebnisse

mit Migrationshintergrund Frauen waren, im Vergleich zu 24 % aller Stadt- und Gemeindevertreter:innen.

– Bei den AK-Wahlen 2019 hatte knapp die Hälfte der Kandidat:innen auf den Listen Migrationshintergrund; bei den Mandatar:innen 19 %. (40 % der Kandidat:innen hatten einen Bezug zur Türkei; bei den Mandatar:innen waren es 16 %.)

– Bei der Landtagswahl 2019 hatten 6 % der Kandidat:innen auf den zur Wahl stehenden Listen einen Migrationshintergrund, die meisten auf den Listen der Grünen und der SPÖ. Eine Person „mit Migrationshintergrund“ (entsprach 3 % der Mandate) zog für die Grünen in den Landtag ein. Diese Abgeordnete war seit 2009 im Landtag vertreten und die erste mit türkischen Wurzeln in diesem demokratischen Gremium. Bei den Landtagswahlen im Oktober 2024 stehen nun sowohl bei der ÖVP wie auch der SPÖ Kandidaten mit familiären Wurzeln in der Türkei auf für ein Mandat aussichtsreichen Plätzen. Vor allem aber die Listen der ÖVP zeigen eine deutliche Veränderung zu den Jahren davor: 2024 finden sich auf allen Bezirkslisten Kandidat:innen, deren Namen auf einen türkischen Familienhintergrund schließen lassen; und auf einer Bezirksliste findet sich eine Kandidatin, die durch ihr Kopftuch als bekennende Muslimin politisch sichtbar wird.

Noch vor 25 Jahren, 1999, hatte das erfolgreiche Antreten einer eigenen Liste mit türkischstämmigen Vorarlbergern bei den Arbeiterkammerwahlen für landesweite stark kontroverielle und anhaltende Debatten gesorgt. Die AK-Wahl 1999 in Vorarlberg ging überhaupt in die Geschichte der Demokratiebewegung von Österreich als Einwanderungsgesellschaft ein. Die Liste der grünen und alternativen Gewerkschafter:innen stellte sich auf EU-Recht berufende Kandidaten mit türkischer Staatsbürgerschaft zur Wahl. Das führte 1999 noch zur Untersagung durch die Wahlbehörde. Die Anfechtung gipfelte schlussendlich aber in der Novellierung des Arbeiterkammergesetzes 2006 und der österreichweiten Anerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Arbeitnehmer:innen ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft. Diese AK-Wahl stellt sich im Rückblick für Vorarlberg überhaupt als eine Art Katalysator für die politische Partizipation von Zugewanderten und ihren Nachkommen der „Gastarbeitermigration“ dar. Politische Listen von insbesondere Türkisch-

stämmigen traten in Folge bei Landtags- und Gemeinderatswahlen an – in den Nullerjahren des Jahrhunderts noch jeweils von heftiger Abwehr und kontroversen politischen Debatten begleitet. Auf Landesebene gelang kein Einzug einer solchen Liste. Der HaK – Heimat aller Kulturen gelang aber 2020 der Einzug in einige Gemeinde- und Stadtvertretungen. Dieser Einzug 2020 löste kaum mehr öffentliche Debatten aus.

Abschließend lässt sich feststellen: Was die Repräsentanz von Vorarlberger:innen mit Migrationsgeschichte jüngerer Datums in den politischen Gremien des Landes betrifft, so sind sie in der Arbeiterkammer schon recht gut vertreten, in den Gemeinde- und Stadtvertretungen und im Landtag jedoch noch deutlich unter Referenzwerten wie beispielsweise der Anzahl der in Vorarlberg lebenden, aber im Ausland geborenen Bewohner:innen. Es wird spannend zu beobachten, ob sich der Trend zu mehr politischer Partizipation Zugewanderter wie in den letzten 25 Jahren fortsetzt. Und wie von der Integrationssoziologie vorausgesagt beziehungsweise historisch und aktuell vielfach belegt, löst die Forderung von Teilhabe und Mitbestimmung „neuer“ sozialer Gruppen auch in liberal-demokratischen Gesellschaften, deren Wertebasis diese umfassende Teilhabe und Mitbestimmung ja wünscht, zunächst Gegenwehr aus, kann dann aber zu einer neuen „Normalität“ werden. ■

Eva Grabherr ist Geschäftsführerin von okay.zusammenleben/ Projektstelle für Zuwanderung und Integration.

„... und sie bewegt sich doch.“ Zur politischen Partizipation von Zugewanderten und ihren Nachkommen. Eine Analyse der Vorarlberger AK- und Landtagswahlen 2019 und Gemeindevahlen 2020
www.okay-line.at/file/656/politische-partizipation-online-version.pdf



¹ 49 % aller Staaten weltweit erlauben die mehrfache Staatsangehörigkeit sowohl beim Erwerb ihrer eigenen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung als auch beim freiwilligen Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit durch ihre Staatsbürger:innen; 78 % tolerieren Doppelstaatsbürgerschaften in zumindest einem dieser beiden Fälle. Österreich gehört zu jenen mittlerweile lediglich 22 % der Staaten weltweit, die beides nicht akzeptieren. (G. Valchars/R. Bauböck (2021): Migration & Staatsbürgerschaft.)